



Projekt Russland

Wie sich die EU nach Osten erstreckt

Andrea Anton

Die diplomatischen Beziehungen und der Ausbau der staatlichen wie auch privatwirtschaftlichen Netzwerke mit den so genannten Anrainer-Staaten der EU («Wider Europe») sind ein integraler Bestandteil der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese »neue Nachbarschaftspolitik« dient dazu, das »Projekt Europa« zu erweitern, dessen strategische Grundlage wie auch zentrale ökonomische, politische und normative Ideen von der Bertelsmanngruppe folgendermaßen formuliert wurden: »Die Integration Europas hatte von Beginn an stets mehr im Sinn als die reine Maximierung des Nutzens ihrer Mitglieder. Die Europäische Union verbindet wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit Strukturen des Ausgleichs der Interessen aller Mitglieder. Integration bedeutet Teilnahme an und in einer Schicksalsgemeinschaft – die Europäer binden zunehmend ihre wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse, Interessen und Ziele und damit auch ihre Zukunft aneinander.«¹

Ziel ist dabei die Bildung eines gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Raumes, der auch die neuen Nachbarstaaten, insbesondere Russland, umfasst und die ordnungspolitischen Prioritäten der Europäischen Union widerspiegelt. Da diese Erweiterung, wenn überhaupt, als ein selbst-

verständlicher, den Bedürfnissen aller Beteiligten entsprechender Prozess dargestellt wird, soll hier kritisch nach geopolitischen und ökonomischen Interessen gefragt sowie auf deren Verbindung zu militärischen Aspekten eingegangen werden. Neben der Schaffung eines neoliberalen Wirtschaftsraumes wird auch die »Aussöhnung« mit der Geschichte betrieben. Die Frage nach der Kontinuität der nationalsozialistischen aggressiven Siedlungspolitik und Ausweitung auf den Lebensraum im Osten ist nicht Thema dieser Arbeit, muss mitgedacht werden.²

1. Permanente Erweiterung

Angelehnt an Zbigniew Brzezinskis Theorie der Brückenköpfe zielt die europäische Außenpolitik auf die Schaffung verschiedener Nachbarschaften. Für den US-Außenstrategen diene (West)Europa auch als Plattform, um den amerikanischen Einfluss auf den Kontinent nach Osten auszuweiten. Ähnlich agiert auch die Europäische Union, um sich neue Einfluss-sphären zu verschaffen. Schritt für Schritt dehnt sich der Kreis der Diplomaten aus (u.a. durch den External Action Service der EU),



EU-Kommissarin Waldner, verantwortlich für die europäische Nachbarschaftspolitik, Foto: Europäisches Gemeinschaft

und die Kriegseinsatzgebiete erweitern sich. Hierbei zieht ein »erfolgreicher« Schritt scheinbar nahezu zwangsläufig den nächsten nach sich und treibt somit die kontinuierliche Erweiterung voran. So wird beispielsweise argumentiert, der Beitritt Polens zur EU erfordere die Sicherung der neuen Außengrenzen, damit die Aufnahme von Kontakten mit Weißrussland und deshalb eine unabdingbare längerfristige Zusammenarbeit.

Seit 1999, auf der Tagung des Europäischen Rates in Köln, sind gemeinsame Interessen mit Russland abgesteckt worden, die vom Rat, der Kommission und allen Mitgliedstaaten unterstützt wurden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Energielieferung, der Sicherheit, Justiz, Migration und Terrorbekämpfung stützt sich dabei auf geopolitische Argumente: »Russland und die EU liegen geografisch nah beieinander, haben sich gegenseitig ergänzende ökonomische Strukturen und Wirtschaftsgüter und ein starkes beiderseitiges Interesse an einer weiteren ökonomischen Integration.« Weiter heißt es, »es gibt ein eindeutiges Bedürfnis, Russland und die EU näher zusammenzubringen und durch ein stabiles und vorhersagbares Handelsregime die ökonomischen Beziehungen dynamischer zu gestalten. Dies würde unsere geografische Nähe widerspiegeln.«³

Am 25. September 2001 betonte der russische Präsident Wladimir Putin in einer Rede vor dem Bundestag, dass eine enge Kooperation mit Russland von zentraler Bedeutung für eine europäische Weltmachtrolle sei: »Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.«⁴ Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass Russland in

diesem Verhältnis gezwungen ist, den Juniorpartner zu spielen. Die konkrete Ausgestaltung der Kooperation erfolgt allein nach Maßgaben Brüssels.

Hierfür wurden bis jetzt Abkommen zum Wissenstransfer und zur materiellen Unterstützung der oben genannten gemeinsamen Anliegen, vor allem aber, wie auch im vorigen Abschnitt ausgeführt, eine intensive Kooperation im Energiebereich beschlossen.

2. Intensivierte Zusammenarbeit: Erdöl

»Die Ziehung neuer Grenzen und das Entstehen neuer Nachbarn (Russland, die Ukraine und die Länder des Balkans) bringen neue Energie und Möglichkeiten für die »neue Nachbarschaftsstrategie« der EU.«⁵ Das stimmt im wahrsten Sinne des Wortes für den Zugriff auf die russischen Energieressourcen. Speziell für Russland ist 2000 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) getroffen worden, mit dem die Beziehungen im Energiebereich, d.h. Gas, Erdöl und Strom, ausgebaut werden sollen und eine Liberalisierung der Märkte das Ziel ist. Die Erdölauslieferungen in die EU sind von 22% im Jahr 2002 auf 58% im Jahr 2003 gestiegen, ähnlich die Erdgasausfuhren, die innerhalb desselben Jahres um 33% für die EU-Mitgliedstaaten anwachsen. So sind dann laut EU-Aussagen Russland und die EU natürliche Partner im Hinblick auf den Energiebereich, was die Handelsliberalisierung vereinfacht.⁶ In dieses Bild passt auch der 2005 beschlossene Bau einer Ostseegaspipeline, die die Energiekooperation weiter intensiviert.⁷

Gerade diese beiderseitigen Interessen im Energiebereich sollen Ausgangspunkt für intensivere Beziehungen werden, wie ein renommierter russischer Fachmann für Außenpolitik feststellt: »Integration im Energiebereich bietet eine gute Grundlage für das aufkommende Rapprochement sowohl auf politischem und militärpolitischem Gebiet als auch in der Wissenschaft, dem Ingenieur- und Bildungswesen.«⁸

3. Der gemeinsame neoliberale Raum

Die weitere Integration wird auf Regierungsebene seit 2000 in halbjährlichen Treffen, den EU-Russian Summits, vorangetrieben. Der einleitende Satz zum Gipfel im November 2003 bringt es auf den Punkt: »Die Führung der Europäischen Union und der Russischen Föderation verstärkt die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland auf der Basis gemeinsamer Werte mit dem Ziel fester Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent.« Das Hauptziel ist die »schrittweise Integration der sozialen und ökonomischen Strukturen der erweiterten Europäischen Union und Russlands.«⁹

Darüber hinaus finden Strategiebesprechungen statt,

auf denen besonders deutsche Firmen und Wirtschaftseliten sich über die konkreten Maßnahmen austauschen und künftige Schritte planen: »Auf der ersten Sitzung der Zukunftswerkstatt nach dem Petersburger Dialog im November wurden gemischte deutsch-russische Arbeitsgruppen gebildet, die sich inhaltlich an der angestrebten strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der EU für die so genannten vier »gemeinsamen Räume« orientieren sollen (Wirtschaft, Außenpolitik und Sicherheit, Innere Sicherheit, Wertegemeinschaft).«¹⁰ Konkret bezeichnet man diese als »ökonomischer Raum«, »Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit«, als den »gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit« und den »gemeinsamen Wissenschafts- und Bildungsraum, der auch kulturelle Aspekte einschließt.«

Das als Schaffung eines gemeinsamen Raumes bezeichnete Projekt umfasst die Gründung einer Wirtschaftsbeziehung mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Personenverkehr, der gemeinsamen Entwicklung von Technologien, Nuklearforschung sowie Militärprojekte auf »partnerschaftlicher« Basis, Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Migrationsbewegungen und, für den zivilen Anstrich, den kulturellen Austausch. Die Liberalisierung und totale Marktöffnung verläuft auf Grundlage der EU-Lissabon-Strategie. Die Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes ist laut Stiftung Wissenschaft und Politik am weitesten fortgeschritten. Eine Menge an Aktionsplänen sind seit 2001 von so genannten Expertenkomitees (High-Level-Groups) entworfen worden. Als deren Ziel wird angegeben, »das Konzept eines gemeinschaftlichen Europäischen Wirtschaftsraumes auszuarbeiten.«¹¹ (Common European Economic Space, CEES) Mit der wirtschaftspolitischen Reform in Russland, so die Vorstellung der Expertengruppen, soll sich der interne EU-Markt auf der Basis neuer Absatz- und Ressourcenmärkte in Russland weiterentwickeln. Die EU-Staaten brauchen die Option zur Expansion, denn um weiterhin global stark exportieren zu können, müssen Absatzmärkte vorhanden sein. Die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen in einen bislang wenig erschlossenen Markt mit einem gleichzeitig geschaffenen Abhängigkeitsverhältnis bildet eine solide Grundlage für den Verkauf europäischer Waren. Dass von diesem Prozess allenfalls einige Wirtschaftsmagnaten vor allem auf Kosten der russischen Bevölkerung profitieren werden, zeigt, wie wenig sich dieses Projekt an menschlichen Bedürfnissen orientiert.

4. Die militärische Absicherung europäischer Interessen

Das Ausgreifen europäischer geopolitischer und wirtschaftlicher Ambitionen zieht auch die Erweiterung des militärischen Einsatzspektrums nach sich, um bei Bedarf militärisch die Durchsetzung der eigenen Interessen zu gewährleisten.

Ein Treffen im Rahmen der New Defence Agenda vom 20.9.2004, das die Energielieferungen zum Thema hatte, verwies zugleich auf den Aspekt der Sicherheitspolitik. Die Staaten am Schwarzmeer sind Transitländer und verfügen teils selbst über erhebliche Rohstoffreserven, wobei Russland als Verteiler und Besitzer agiert. Gesucht wird eine zivile, notfalls auch militärische Lösung zur langfristigen Herrschaft über diese Ressourcen. Die EU, in diesem Fall Michael Swann, Mitglied des EU-Rates, rät zu einer erweiterten politischen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, um den Energienachschub zu sichern.¹² Noch eindeutiger äußert sich Bogdan Mazuru, Rumäniens Botschafter bei der NATO. »[Er] stieß eine Debatte an, indem er erklärte, dass es aufgrund der NATO und EU-Erweiterung, der »ungelösten Konflikte«, terroristischen Aktivitäten und der ökonomischen Chancen, die die Region bietet, vorwiegend aufgrund der Ressourcen des kaspischen Meeres, eine erneute Fokussierung auf die Schwarzmeerregion gebe.«¹³ Andere Vertreter wie Turan Morali, Botschafter der Türkei, sprechen von dem »lebenswichtigen Gebiet der Energiesicherheit«.¹⁴

Neben der Sicherheit der Energieversorgung und dem Verkauf europäischer Waren in der strategischen Nachbarschaft wird der gemeinsame »Kampf gegen den Terrorismus« immer häufiger als Grund für eine intensiviertere militärische Zusammenarbeit angeführt, der aber untrennbar mit den beiden ersten Faktoren zusammenhängt.

Mit dem 11. September 2001, so wird behauptet, »trat die Region in eine zweite Phase. Der Westen erkannte im ehemaligen »sowjetischen Orient« jetzt nicht nur eine »instabile Region« mit »riesigem Ressourcenreichtum«, sondern eine strategische Basis für den internationalen Kampf gegen den Terrorismus, dessen »Brutstätte« in Afghanistan lag.«¹⁵ Polizeiliche und militärische Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Sicherheitslinie waren und sind die Lösung. Zu den konkreten Maßnahmen gehören: die Planung von multinationalen Großverbänden, Übereinkünfte zur justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen, Übereinkommen mit den Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, ein verbessertes Rückführungsabkommen zur Übernahme von eigenen Staatsangehörigen, Staaten-

losen und Drittstaatenangehörigen und schließlich von der EU abgehaltene Ausbildungskurse zur besseren Bekämpfung illegaler Einwanderer.¹⁶ Argumente liefern deutsche Sicherheitsexperten: »Die Gefährdung der Wirtschaft durch kriminelle oder terroristische Handlungen wird weiter wachsen. Dies erwarten 78% der im Rahmen der siebten WIK Sicherheits-Enquête befragten Fachleute. Das höchste Gefährdungspotenzial messen die Experten heute und in der Zukunft den Angriffen auf die Informationstechnik zu. Aber auch die Gefährdungen durch Spionage, allgemeine Kriminalität und Terrorismus werden nach Meinung der Sicherheitsfachleute in den nächsten Jahren wachsen.«¹⁷

5. Europa ist kein Friedensraum

Obwohl nach dem Ende des Kalten Krieges auf ein Ende militaristischer Gesellschaften gehofft wurde, kann derzeit nicht mehr davon gesprochen werden. Die globale Konkurrenz, ausgelöst durch den Kapitalismus, wird von der EU als Akteur weiter vorangetrieben. Erdöl und -gas als grundlegende Rohstoffe für die Produktion sind begehrte Waren, deren Vertrieb und Verarbeitung gesichert ablaufen sollen. Alle weiteren Aspekte der Wertschöpfung müssen in der kapitalistischen Logik genauso im sicheren Rahmen geschehen. Die Spitze der Maßnahmen bildet der militärische Eingriff, der zuvor als Abschreckungsszenario und Investitionsfeld eine Bedeutung erhält.

So wird die Politik der EU nicht zur Beseitigung von Unterdrückung, Krieg und Ausbeutung beitragen kön-

nen, solange sie sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen richtet.

Ganz im Gegenteil – es werden die Wertvorstellungen, die Produktionsform, die Außen- und Innenpolitik auf Russland übertragen und dadurch die Durchsetzung des Neoliberalismus verstärkt. Wer immer noch glaubt, die EU wäre eine Chance für Osteuropa, mehr Wohlstand zu erlangen, vernachlässigt die immanenten Widersprüche zwischen menschlichen Bedürfnissen und Profiten.

Anmerkungen

¹ Strategiepapier vorgelegt zum Internationalen Bertelsmann-Forum Warschau, 25.-26.6.1999.

² Europe Beyond the EU 29.4.2004, European Economic Summit 2004.

³ 12th EU-Russia Summit, Rome, 6.11.2003.

⁴ Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation: Wortprotokoll der Rede am 25.9.2001 vor dem Deutschen Bundestag.

⁵ Europe Beyond the EU, 29.4.2004, European Economic Summit 2004.

⁶ Europäerachrichten, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/1vb/127055.htm>.

⁷ Vgl. Götz, Roland: Die Ostseegaspipeline: Instrument der Versorgung oder politisches Druckmittel, SWP-Aktuell 41, September 2005.

⁸ Lange, Peer H.: Die »Nördliche Dimension«: Europäische Energieversorgung und -Sicherheit, in: Internationale Politik, 1/2001, S. 29-36, S. 29.

⁹ 12th EU-Russia Summit, Rome, 6.11.2003

¹⁰ GUS-Barometer, Februar 2005, Nr. 37, S. 8.

¹¹ Stiftung Wissenschaft und Frieden, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Nach der Dumawahl, Christian Meier, Dezember 2003.

¹² New Defence Agenda. Does Europe need a Black Sea Security Policy, 20.9.2004.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ GUS-Barometer, Februar 2005, Nr. 37, 11. Jahr.

¹⁶ Entschließung des EU-Rates über den Europäischen Beschäftigungspakt; Verstärkte Zusammenarbeit für mehr Beschäftigung und Wirtschaftsreformen in Europa, Der Europäische Rat, (3./4.6.1999), Köln.

¹⁷ WIK, Zeitschrift für die Sicherheit in der Wirtschaft, 1/2005.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 198-204).

Andrea Anton lebt in Berlin und studiert dort Geografie und Politikwissenschaft. Sie engagiert sich u.a. bei FeLS (Für eine linke Strömung).

Wir fordern:
Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtspolitik!